

Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstandenen Gegebenheiten, wozu die vor 40 Jahren auf deutschem Boden gegründeten zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gehören. Beide Staaten sind unabhängig und selbständig bei der Regelung ihrer inneren und äußeren Angelegenheiten und gehen - auch darauf wird im genannten Kommuniqué Bezug genommen - davon aus, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind. Insofern kann man nur jenen Politikern in Ost und West, in Nord und Süd zustimmen, die gerade in der Einhaltung dieser Grundsätze einen Faktor für Ruhe, Sicherheit und Entspannung in Europa sehen.

Angesichts der in der BRD um sich greifenden Aktivitäten neonazistischer Kräfte, auf Grund der bitteren Lehren der Vergangenheit haben sich SED, DKP und SEW in einem gemeinsamen Appell an alle friedliebenden und antifaschistisch-demokratisch gesinnten Menschen Europas gewandt, gemeinsam Neonazismus und militaristische Gefahr zu stoppen. An die Bonner Koalitionsparteien wird in dem Dokument die Frage gerichtet, inwieweit sie durch nationalistische Positionen, durch eine Politik des sozialen Kahlschlags, der Massenarbeitslosigkeit, der neuen Armut, der Duldung von Ausländerfeindlichkeit, der Berufsverbotspraxis und Verletzung von Menschenrechten neonazistischen Kräften selbst den Boden bereiten.

Die jüngsten Wahlen in der BRD zum EG-Parlament sowie auf kommunaler Ebene in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland haben für die Welt auf erschreckende Weise deutlich gemacht, wie groß der Einfluß der Neonazis schon ist. Sowohl in der BRD als auch in Berlin (West) sind sie bereits in die Parlamente vorgedrungen. Jetzt werden sie auch ins sogenannte Europa-Parlament in Strasbourg einziehen. Was noch vor einigen Monaten als kurzzeitige Erscheinung im Leben der Bundesrepublik ausgegeben wurde, wird durch die Tatsache widerlegt, daß es dort Städte gibt, in denen diese von einem ehemaligen Angehörigen der »Leibstandarte Adolf Hitler« geführte Partei bis zu 20 und 25 Prozent der Stimmen erreichen konnte. Bei allen drei Wahlen erlitt die CDU/CSU nach eigener Einschätzung eine schwere Niederlage. Durch den Rückgang der Stimmen wurde offenbar, daß die gegenwärtige Regierung keine Mehrheit mehr unter den Wählern der BRD besitzt.

Wenn wir uns mit der Ausbreitung neonazistischer Kräfte in der BRD befassen, so geschieht das wegen der Gefahr, die diese Entwicklung für den Frieden in Europa heraufbeschwört. Hier geht es nicht um eine Einmi-